

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
 Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement (für den Monat) (mit Haus 2 RM., halbmöndlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-21, / Geschäftsstelle und Expedition: Schillerstraße 2 / Fernsprecher-Gemeinnummer 17299 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, amtl. Schließfachnummer: Dresden-21, Schillerstraße 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtnachricht: "Arbeiterstimme" Dresden / Geschäftsstunden der Schriftleitung: Donnerstags abgim. 5—5 Uhr (außer Sonnabends)

2. Jahrgang **Dresden, Dienstag den 9. Februar 1926** Nummer 33

Der Dawesbahn-Skandal

Das Eisenbahner-Elend vor dem Reichstag Die K.P.D. fordert Kurzarbeiterunterstützung

Ferne und Gemeinjustiz

In der gestrigen Reichstags-Sitzung beantragte der Genosse Schütz die sofortige Behandlung eines kommunistischen Gesetzesentwurfes.

nach dem die Kurzarbeiter, falls die ausfallende Arbeitszeit ein Gehalt und mehr der vollen Arbeitszeit beträgt, für die ausfallende Arbeitszeit Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

Es ist nochmals heftige Kritik an der vollkommen unzulänglichen Behandlung der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage durch die Reichsregierung und den Reichstag. Nach monatelanger Schwelgerei der kommunistischen Vorträge im Reichstagsklub hat die Regierung heute angekündigt, daß sie zur Regelung der Kurzarbeiterfrage keine Gesetzesvorlage einbringen werde, sondern das Problem durch eine Verordnung lösen wolle, die in den nächsten Tagen herauskommen werde. Das haben nach den schamhaften Handlungen und Entschuldigungen der Regierung schärfstes und berechtigtes Mißtrauen und die Billie und werden dieser "Regelung" keinesfalls zustimmen. Die Andeutungen der Regierungsvorleiter im Reichstag haben bereits so viel erkennen lassen, daß die Regierungsvorlage vollkommen unzulänglich bleiben wird.

Karl Hauser (S.P.D.) schließt sich der kommunistischen Kritik an und kommt endlich zu der Einsicht, daß die Gehälter der Regierung keinen Tag länger gebildet werden können.

Es wird darauf behoben, den kommunistischen Antrag den sozialpolitischen Ausschuss zu übermitteln.

In der Verhandlung über den Ausschussbericht über die "Arbeitsverhältnisse der Reichsbahn. Der Ausschuss schlägt eine Entschädigung vor, in der die derzeitige Personalpolitik der Reichsbahn gewürdigt wird, weil die im Reichstag abgeordneten Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten worden. Anträge aller Parteien fordern die Reichsregierung auf, für die Wahrung der Rechte der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen.

Der Beamtensprecher der K.P.D., Steinlöps, macht als erster Hinweis transparenz Verweise, die Verschönerung der Reichsbahn durch den Dawespaß zu rechtfertigen.

Der Reichsverkehrsminister Krohne erklärt, es sei erregend, daß nach einjährigem Bestehen der Reichsbahngeheimnisse man mehr etwas für sie übrig habe. Er gibt zu, daß in der Reichsbahn gewisse äußere Formen pekuniärer Natur vorhanden seien, die nicht recht mit der Rolle des deutschen Volkes im Einklang ständen. Im übrigen könne der Reichsverkehrsminister infolge der Stellung der Reichsbahn A. G. nichts machen.

Sowohl der Deutschnationale Koch-Dillendorf wie der Sozialdemokratische Groß weiters darauf ebenfalls in der schärfsten Weise gegen die ungeschwehlichen Mißstände in der Reichsbahn.

wahren. Wenn der Staatsgerichtshof eine dankbare Aufgabe hat, so wäre es die, diese hohen Reichsbahnbeamten wegen vollendeten Landesverrats abzuurteilen.

Die Parteien, die heute so sehr über die Mißstände schimpfen, haben dazu kein Recht. Der Demokrat Döber hat mit dem Entschluß in der Reichsbahn angefangen, nachdem der Bundesrats-Generalsekretär Straßner gegangen war. (Vizepräsident Kiepert rufte Schütz zur Ordnung.) Die Reichsbahn ist eine Staatsbahn, eine Rückversicherungsgesellschaft geworden. Leute wie Schindelhönes und Kinschler sind durch die führenden Personen der Reichsbahn in den Schatten gestellt worden. (Neuer Ordnungsruf.) Wenn man eine Parallele ziehen kann, so kann man den Leitern der Reichsbahn höchstens das Würstchengeld noch an die Seite stellen. (Dritter Ordnungsruf.)

Trotz der Mißstandslagen der letzten Zeit plant man aber noch, 40.000 Beamte und 35.000 Arbeiter auf die Straße zu setzen. Dabei wird bei den Entlassungen nach den üblichen politischen Gesichtspunkten verfahren. Man setzt Eisenbahner auf die Straße, trotzdem sie eine achtstellige Familie haben, nur weil sie Kommunisten sind.

Die Tarifpolitik bemogt sich in ähnlichen Bahnen. Die Sonderarbeitskräfte für Militär wurden beibehalten, die Tarife für Genie und Obit aber nicht erniedrigt. Es ist Tatsache, daß ein Fabrikant, der seine Waren aus Sachsen nach Hamburg verschifft, sie zuerst nach der Lischschloßstraße befördert, weil der Transport von dort durch Deutschland viermal billiger ist, als der direkte Weg!

Die Sozialpolitik der Reichsbahn ist geradezu eine Katastrophe. Auch hier wurden am Anfang schöne Versprechungen abgegeben. Diese Versprechungen wurden so erfüllt, daß Döber wohl 100.000 Mark Jahresgehalt erhält, ein Bahnhofsverwalter aber mit 90 Mark monatlich zufrieden sein muß. In Obersachsen werden heute Stundenlöhne von 25 Pf. gezahlt, die man bei Androhung der Entlassung noch um 30 Prozent herabziehen muß. Die Eisenbahner haben vom 1. Oktober 1924 bis 1. August 1925 775 Millionen Mark Reingewinn für die Reichsbahngesellschaft erwirtschaftet. Rechnet man die Summe von Millionen dazu, um die die Reichsbahn durch die zum System gewordene Korruption betrogen worden ist, so ergibt sich, daß der Reingewinn ein Viertel der Eisenbahner 1000 Mark Reingewinn erwirtschaftet hat.

Wir sind gewiß, daß der Reichstag und die Parteien, welche die Reichsbahn jetzt ausgeliefert haben, hier keine Mißstände schaffen werden. Das wird nur geschehen, wenn die Eisenbahner sich in ihrem Einheitsverband zusammenschließen, unter einer Führung, die wirklich Arbeiterinteressen vertritt.

In Deutschland, unserem geliebten Vaterland, das im Jahre 1918 mit der sogenannten "Novemberrevolution" den besten Witz geliefert hat, der je in der Weltgeschichte gemacht wurde, gibt es drei Typen, die uns die ganze Welt nicht nachmachen kann: Erstens bekanntlich den preussischen Leutnant, zweitens den preussischen Bürokraten und drittens den deutschen Untertanen. Diese drei Typen erhalten eine glänzende Illustration durch den Feindskandal, der neben dem Fürstenkandal in den letzten Wochen des inneren Lebens der sogenannten deutschen Republik mit der erschütternden Ironie der Wahrheit gekennzeichnete. Wir fragen: Welche Nation macht uns den Oberleutnant Schulz und den Freiherrn v. Senden nach? Wo in aller Welt kann noch die wahre Gerechtigkeit besser verkörpert werden, als in der ehrsüchtigen Gestalt des Herrn Landgerichtsdirektors Kombe? Welcher Kanak und Postkudensmann, welche Nation kerkert Domestiken kann eine strahlendere Erscheinung reifen Untertanentums produzieren, wie Herr Gehler, für den wir allen Erstes zur Feier seines demnächst beginnenden 25. Ministeriums den Ehrennamen vorschlagen: "Der ewige Deutsche".

Laßen wir noch einmal die Tatsachen sprechen! Deutsche Tatsachen wirken durch die ihnen innewohnende Tragikoffiz besser als die beste Ironie.

1925. Die deutsche Republik scheint auf dem letzten Fuß zu stehen. Die Bourgeoisie hat die Arbeiterklasse so lange getrieben und mißhandelt, bis schließlich auch dem deutschen Arbeiter die Geduld ausgehen droht. Hugo erfinden die Generale des Reichswirtschaftsministeriums für alle Fälle — man kann nicht wissen, ob die Arbeiter nicht vielleicht doch loschlagen — eine glänzende Einrichtung: Die Schwarzwehre! Eine ganze Armee wird in und um Berlin aufgestellt, von deren Existenz zwar jeder weiß, aber niemand reden oder schreiben darf, weil ihn sonst die deutschen Gerichte wegen Landesverrats ins Kitzeln bringen. Aus Staatsgebern wird dieses Heer der Kontinentalrevolution aufgestellt und befehligt, in einer Zeit, in der Arbeiterklasse und Kleinbürgertum vor Hunger zusammenbrechen. Das Ziel der Schwarzen Reichswehr ist die Errichtung der Militärdiktatur und die Beilegung der republikanischen Staatsform in Deutschland. Dasselbe Republik, die befehligt werden soll, gewährt ihren Totengräbern die Mittel zur Beilegung.

Im allgemeinen weiß jeder Angehörige der Schwarzen Reichswehr, worum es geht. Man soll nicht nachträglich glauben, daß die Galgenengel aus ganz Deutschland, die sich hier sammelten, etwa ernsthaft auch nur zum kleinsten Teil geglaubt hätten, es handelte sich darum, die sogenannte Republik zu verteidigen. Troßdem war es klar, daß in einer so großen Organisation auch hier und da sich einer finden könnte, dem das Gewissen schlug, oder dem die Sache zu heftig wurde. Solche "Verträder" mußten natürlich ungeschicklich gemacht werden. Die wahrhaft deutsche, aus dem Mittelalter übernommene Einrichtung, mit der man derzeitige Elemente zum Schweigen brachte, war bekanntlich die Feme.

Heute, nach fast drei Jahren, kann man noch immer nicht sagen, wieviel Menschenleben die Feme auf dem Gewissen hat. Regierung, Justiz, und bis vor kurzer Zeit auch die bürgerliche Presse haben vereint mit den Polizeibehörden alles getan, um diesen gräßlichen Mordskandal der letzten Jahrhunderte totzuschweigen. Wahrscheinlich sind Hunderte in den Lagern und Forts um Berlin auf stielische und grauame Weise von den in der Feme zusammengeflochtenen berufsmäßigen Mördern stumm gemacht worden.

Bergleich was die kommunistische Presse jahrelang allein auf diese Vorgänge hin. Erst als durch den Zerfall der völkischen Bewegung frühere Helfershelfer der Feme selbst mit Enthüllungen austraten, und als so nach und nach die inzwischen bekanntgewordenen fürchtbaren Einzelheiten der Mordtaten die Öffentlichkeit aufweckten, da konnte der Skandal nicht länger zugehört werden.

In gleichen Augenblick begann aber der neue Skandal. Spätestens jetzt wäre es die Pflicht der Behörden gewesen, den ganzen Komplex der Fragen, die mit der Schwarzen Reichswehr zusammenhängen, aufzuklären. Die Behörden hatten so in solchen Dingen Übung. Wenn irgendwo in Aresjauche oder in Buzgeude bei einem Arbeiter ein verrostetes Gewehr aus der Schwedenszeit gefunden wurde, so wurde flugs daraus ein Bruch gegen das jeweilige Zentralkomitee der kommunistischen Partei wegen Vorbereitung des Hochverrats zur gewalttätigen Abänderung der Verfassung gemacht. Seit drei Jahren arbeitet ein ganzer Gerichtshof, der sich brülligweise "Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik" nennt, an der Aufdeckung eines kommunistischen Komplotts gegen die gesamte deutsche Kultur. Ebenfalls beschäftigt sich Herr Landgerichtsdirektor Bogt, der Teilhaber unserer Zeit, mit der Aufdeckung auch der spinnwebfeinsten Zusammenhänge zwischen der verrottenen Schwedensflotte in Krebsjauche und dem kommunistischen Zentralkomitee in Berlin. Wenn

Die Schuld der Dawesparteien

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Schuldigen am Dawesbahn-Skandal räumt dann das Wort

Genosse Schütz

Er erinnert daran, daß im August 1924 alle Parteien außer den Kommunisten eine wesentlich andere Stellung als heute eingenommen haben. Der sozialdemokratische Redner Schumann erklärte damals, nach einer Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, "wenn etwas geeignet sei, mit den neugewählten Behörden auszuföhnen, so sei es der Umstand, daß durch die neue Regierung die Stimmgebung ein für allemal zur Unmöglichkeit geworden sei". Heute dagegen hat der sozialdemokratische Redner Steinlöps zugesagt müssen, daß es bei Stimmes auch nicht schlimmer hätte kommen können. Und auch der deutschnationale Redner Schmidt-Sieffin, der damals sprach, erklärte: "Wir alle hoffen und wünschen, daß die Juwelen, die das Reichsverkehrsministerium gegeben hat, auch von der Reichsbahn A. G. gehalten werden, und wir werden im Reichstag um deren Wahrung kämpfen, daß das geschieht."

Selbstredend muß sich die S.P.D. das ins Stammbuch schreiben, was 1924 Hülferding in einer Polemik gegen die Kommunisten ausführte: "Die Anbetung eines Verbandes an das Ausland bedeutet zugleich eine Kontrolle des Verbandes und einen Verfall bei einer Nichterfüllung des Vertrags." Wenn es nach diesen Worten ginge, so müßte die Eisenbahn schon längst wieder Reichswaldgenossenschaft sein. Ein letztes Beispiel: Der Sozialdemokrat Schumann sagte seinerzeit, daß die Kommunisten zur Frage der Wahrung der Reichsbahn Ansprüche gestellt hätten, die kein vernünftiger Mensch für ernst nehmen könne.

Alle Warnungen der Kommunisten hat man seinerzeit als Scherz und Apollon bezeichnet. Marx und Stresemann haben ebenfalls verstanden, daß alle Sicherungen getroffen seien, um die deutschen Interessen gegenüber der Reichsbahngesellschaft zu

Die S.P.D. sabotiert die Fürstenernteigung

Aus der Praxis der Sozialdemokratie

Am Sonnabend den 6. h. Mo. sagte in Nürnberg die Delegierte des Reichsbundes der Kriegsbekämpften. In der Beisammensetzung stellte Genosse Taub den Antrag, die Delegierten zur Konferenz sollten auf dieser die Beteiligung des Bundes an dem Kampf für die Fürstenernteigung vertreten.

Der Antrag wurde von der Leitung der Gruppe, die zum überwindlichen Teil aus Sozialdemokraten besteht, mit allen Mitteln bekämpft und zu Fall gebracht. Der Reichsbund der Kriegsbekämpften hat sich demnach auf den Boden des Konventionelles gestellt. In Nürnberg helfen die Sozialdemokraten diese arbeitserfindliche, fürstenerfreundliche Stellung verteidigen.

Der A.D.S.B. Beteiligung am Volksentscheid

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesausschuss des A.D.S.B. unter dem Vorsitz von Großmann beschloß sich gestern mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides. In einer Resolution billigt der Bundesausschuss die Vermittlungsaktion, betont aber, daß es sich bei einer des Bundesvorstandes, betont aber, daß es sich bei einer Volksabstimmung um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. In demselben Sinne werden alle Kräfte mit einzusetzen, um Mitglieder anzuwerben und gegebenenfalls (!) dem Volksbegehren und gegebenenfalls (!) dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu verhelfen. Der Ausschuss empfiehlt für die Aufhebung der Mittel der Einleitung von Sammlungen; die Beteiligung an solchen Sammlungen wird allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht gemacht.

Die Schuld der Dawesparteien

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Schuldigen am Dawesbahn-Skandal räumt dann das Wort

Genosse Schütz

Er erinnert daran, daß im August 1924 alle Parteien außer den Kommunisten eine wesentlich andere Stellung als heute eingenommen haben. Der sozialdemokratische Redner Schumann erklärte damals, nach einer Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, "wenn etwas geeignet sei, mit den neugewählten Behörden auszuföhnen, so sei es der Umstand, daß durch die neue Regierung die Stimmgebung ein für allemal zur Unmöglichkeit geworden sei". Heute dagegen hat der sozialdemokratische Redner Steinlöps zugesagt müssen, daß es bei Stimmes auch nicht schlimmer hätte kommen können. Und auch der deutschnationale Redner Schmidt-Sieffin, der damals sprach, erklärte: "Wir alle hoffen und wünschen, daß die Juwelen, die das Reichsverkehrsministerium gegeben hat, auch von der Reichsbahn A. G. gehalten werden, und wir werden im Reichstag um deren Wahrung kämpfen, daß das geschieht."

Selbstredend muß sich die S.P.D. das ins Stammbuch schreiben, was 1924 Hülferding in einer Polemik gegen die Kommunisten ausführte: "Die Anbetung eines Verbandes an das Ausland bedeutet zugleich eine Kontrolle des Verbandes und einen Verfall bei einer Nichterfüllung des Vertrags." Wenn es nach diesen Worten ginge, so müßte die Eisenbahn schon längst wieder Reichswaldgenossenschaft sein. Ein letztes Beispiel: Der Sozialdemokrat Schumann sagte seinerzeit, daß die Kommunisten zur Frage der Wahrung der Reichsbahn Ansprüche gestellt hätten, die kein vernünftiger Mensch für ernst nehmen könne.

Alle Warnungen der Kommunisten hat man seinerzeit als Scherz und Apollon bezeichnet. Marx und Stresemann haben ebenfalls verstanden, daß alle Sicherungen getroffen seien, um die deutschen Interessen gegenüber der Reichsbahngesellschaft zu

Der A.D.S.B. Beteiligung am Volksentscheid

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesausschuss des A.D.S.B. unter dem Vorsitz von Großmann beschloß sich gestern mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides. In einer Resolution billigt der Bundesausschuss die Vermittlungsaktion, betont aber, daß es sich bei einer des Bundesvorstandes, betont aber, daß es sich bei einer Volksabstimmung um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. In demselben Sinne werden alle Kräfte mit einzusetzen, um Mitglieder anzuwerben und gegebenenfalls (!) dem Volksbegehren und gegebenenfalls (!) dem Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu verhelfen. Der Ausschuss empfiehlt für die Aufhebung der Mittel der Einleitung von Sammlungen; die Beteiligung an solchen Sammlungen wird allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht gemacht.

Die Schuld der Dawesparteien

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Schuldigen am Dawesbahn-Skandal räumt dann das Wort

Genosse Schütz

Er erinnert daran, daß im August 1924 alle Parteien außer den Kommunisten eine wesentlich andere Stellung als heute eingenommen haben. Der sozialdemokratische Redner Schumann erklärte damals, nach einer Schimpfkanonade gegen die Kommunisten, "wenn etwas geeignet sei, mit den neugewählten Behörden auszuföhnen, so sei es der Umstand, daß durch die neue Regierung die Stimmgebung ein für allemal zur Unmöglichkeit geworden sei". Heute dagegen hat der sozialdemokratische Redner Steinlöps zugesagt müssen, daß es bei Stimmes auch nicht schlimmer hätte kommen können. Und auch der deutschnationale Redner Schmidt-Sieffin, der damals sprach, erklärte: "Wir alle hoffen und wünschen, daß die Juwelen, die das Reichsverkehrsministerium gegeben hat, auch von der Reichsbahn A. G. gehalten werden, und wir werden im Reichstag um deren Wahrung kämpfen, daß das geschieht."

Selbstredend muß sich die S.P.D. das ins Stammbuch schreiben, was 1924 Hülferding in einer Polemik gegen die Kommunisten ausführte: "Die Anbetung eines Verbandes an das Ausland bedeutet zugleich eine Kontrolle des Verbandes und einen Verfall bei einer Nichterfüllung des Vertrags." Wenn es nach diesen Worten ginge, so müßte die Eisenbahn schon längst wieder Reichswaldgenossenschaft sein. Ein letztes Beispiel: Der Sozialdemokrat Schumann sagte seinerzeit, daß die Kommunisten zur Frage der Wahrung der Reichsbahn Ansprüche gestellt hätten, die kein vernünftiger Mensch für ernst nehmen könne.

Alle Warnungen der Kommunisten hat man seinerzeit als Scherz und Apollon bezeichnet. Marx und Stresemann haben ebenfalls verstanden, daß alle Sicherungen getroffen seien, um die deutschen Interessen gegenüber der Reichsbahngesellschaft zu